„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant
1835 Halifax Street, Regina

20. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 10. November 1926 | 12 Seiten | Nummer 1

Drohender Eisenbahnerstreik in Canada

Zugspersonal und Kondukteure halten Abstimmung über Schiedsspruch

Verlangen die nämlichen Löhne wie die Angestellten der amerik. Bahnen.

Montreal. — In einer Versammlung von 200 Vertretern der Verbände des Zugspersonals der Eisenbahnen und der Kondukteure wurde beschlossen, die 15,000 Mitglieder der Gewerkschaften zu einer Abstimmung über die Frage aufzufordern, ob der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses im Lohnkampf der Angestellten mit ihren Unternehmungen, der Canadian National und der Canadian Pacific, angenommen oder abgelehnt werden soll. Die Versammlung empfahl den Mitgliedern der beiden Gewerkschaften, den Schiedsspruch abzulehnen.

Die den Angestellten vorgelegte Frage lautet: „Sind Sie für eine friedliche Niederlegung der Arbeit, wenn Ihnen nicht die nämlichen Lohnraten gewährt werden, wie sie für unsere Klassen auf den Eisenbahnen der Vereinigten Staaten gelten?"

Die Abstimmung, welche mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, hat am Montag begonnen.

Auf die Frage, ob das Vorgehen der Kondukteure und des übrigen Zugspersonals sich auch auf die 30,000 Eisenbahnwerkstätten-Arbeiter in Canada erstrecken werde, welche die vor einiger Zeit geforderte Lohnerhöhung nicht erhalten haben, verweigerte der Sekretär Charles Dickie die Antwort. Es ist jedoch möglich, daß das Komitee der Werkstätten-Arbeiter in Anbetracht der nun entstehenden Krise sich früher als ursprünglich geplant versammeln wird, um ebenfalls über die Streikfrage zu entscheiden.

Winnipeg. — Eine dahier am Freitag abgehaltene Versammlung der Generalkomitees des Westens verwarf den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses. Eine Abordnung wurde gewählt, welche nach Montreal gehen soll, um dort mit den Gewerkschaftsbeamten über die einzuschlagende Aktion zu verhandeln. Man nimmt hier an daß die Angestellten gegen den Schiedsspruch stimmen werden, und daß ein Streik unvermeidlich ist, wenn nicht noch in letzter Stunde eine befriedigende Regelung der strittigen Fragen erreicht wird.

Ottawa. — Das Arbeitsministerium hat von den Bureauangestellten, den Güterbeförderern usw. der Canadian Pacific eine Aufforderung erhalten einen Schlichtungsausschuß zur Entscheidung der schwebenden Lohn- und Arbeitsfragen einzusetzen. 6300 Angestellte kommen hier in Betracht.

Progressive Konventionen in Saskatchewan

Namensänderung in „United Farmers of Saskatchewan" vorgeschlagen

Für Gruppenregierung. — Organisationsfragen. — Neue Farmervereinigung und Politik.

Saskatoon. — Auf einer hier abgehaltenen progressiven Konvention waren die vier progressiven Abgeordneten von Saskatchewan im canadischen Unterhaus die Hauptredner, nämlich Milton Campbell, MacKenzie, W. R. Fansher, Last Mountain, A. M. Carmichael, Kindersley, und John Evans, Rosetown. Dazu kam noch C. Wallace Stewart, der frühere progressive Abgeordnete für Humboldt. Ferner waren anwesend C. E. Little, Ogema, der Präsident der progressiven Vereinigung von Saskatchewan, George W. Thorn, der Zentralsekretär in Regina, und die drei Legislaturabgeordneten Dr. Reginald Stipe von Watrous, Chas. Agar von Saskatoon County und E. S. Whatley von Kindersley. Der Zweck der Konvention ist die Schaffung einer äußernden politischen Organisation gewesen. Alle waren sich darüber einig, daß in dieser Hinsicht von progressiver Seite mehr geschehen solle.

Milton Campbell von MacKenzie vertrat die Meinung, die Geldfrage sei bei der geplanten Organisationsarbeit nicht die Hauptsache. Man möge sich die ehemalige Farmers' Union zum Vorbild nehmen, welche ohne Geld angefangen habe, aber mit Hilfe begeisterter Mitarbeiter gegründet worden sei. Auf politische Fragen eingehend, bezweifelte Campbell die „Orthodoxie" der ehemaligen Führer Crerar und Forke, die nach seiner Ansicht keine Progressiven mehr seien. Die Progressiven, so sagte der Redner, sollten lieber aus der Politik ausscheiden, wenn es keinen Unterschied zwischen ihnen und den beiden alten Parteien gebe. Es handele sich nicht um die Plattform, sondern um das Prinzip, um den Unterschied zwischen einer Gruppenregierung und dem jetzigen Parteisystem. Er trete für Gruppenregierung ein, wenn auch das Wort in manchen Kreisen Anstoß errege. Solange das gegenwärtige Parteisystem herrsche, solange die Kapitalisten eine Entschädigung für ihre Beiträge zu den Parteifonds erwarten und solange die Regierung von mächtigen Organisationen kontrolliert werde, sei von einer demokratischen Regierung keine Rede.

Campbell streifte auch die Frage, ob sich die United Farmers von Saskatchewan an der Politik beteiligen sollten. Die Farmers' Union sei auch eine nichtpolitische Organisation gewesen und doch habe er in seinem Wahlkreis dort die meisten Stimmen erhalten, wo die Farmers Union am stärksten gewesen sei.

Regina. — Eine weitere progressive Konvention fand für das südliche Saskatchewan in Regina statt. Eine ziemlich lebhafte Debatte entspann sich hier über die Frage, ob der Name „progressiv" nicht in „United Farmers of Saskatchewan" umgeändert werden solle, wie A. C. Stewart, Yorkton, für die Neuorganisierung der Partei vorschlug. Nach langem Hin und Her entschied man sich dahin, die Frage der im nächsten Sommer stattfindenden Jahresversammlung zu überlassen. (Die Namensänderung sollte nach dem Vorbild der „United Farmers of Alberta" vollzogen werden, wie überhaupt häufig auf die Farmerpartei und Farmerregierung in unserer westlichen Nachbarprovinz hingewiesen wurde.)

Recht bemerkenswert ist auch die mehrfach gefallene Aeußerung, die Vereinigten Farmer von Saskatchewan (United Farmers of Canada, Saskatchewan Section) werden sich nicht von der Politik fernhalten können, sondern früher oder später dem Beispiele der Vereinigten Farmer von Alberta und der Vereinigten Farmer von Manitoba folgen müssen.

Der Hauptredner in Regina war G. H. Barr, K.C., der nach bekannter Methode die „Dunning-Maschine" angriff, die sich unter Premier Gardiner sogar noch verstärkt habe. Doch meinte er, daß bei der letzten Wahl viele Zivilangestellte bereits des Zwanges überdrüssig gewesen seien, ihr Wahlrecht nach einer bestimmten Anweisung auszuüben. Nun sei der günstige Augenblick, mit der Organisationsarbeit zu beginnen.

Premier Hertzog auf der Reichskonferenz

Fordert Autonomie für Südafrika.

Britische Imperialisten müssen harte Nüsse knacken.

London. — Die Arbeiten der Reichskonferenz werden wahrscheinlich noch zwei weitere Wochen in Anspruch nehmen, obgleich man sich bemüht, die Verhandlungen zu beschleunigen.

Die Vertagung der Konferenz wurde für den 15. November vorgeschlagen, aber in Anbetracht der von Premier Hertzog von Südafrika aufgerollten Verfassungsfragen sind noch eine Unmenge von Einzelheiten von den Komitees zu besprechen, und es erscheint zweifelhaft, ob die Konferenz ihre Arbeiten vor dem 24. November zu Ende bringen kann.

Premier Hertzog gibt der Konferenz mit seiner nachdrücklichen Forderung nach internationaler Anerkennung der Autonomie Südafrikas harte Nüsse zu knacken. Nach seiner Ansicht sollen die Dominions dieselbe Unabhängigkeit in inneren und äußeren Angelegenheiten erhalten wie Großbritannien selbst. Damit würde dann das britische Reich nur noch zu einer losen Vereinigung verschiedener Länder, und die Londoner Regierung müßte die Dominions auf politischem Gebiet frei schalten und walten lassen. Das will den britischen Imperialisten natürlich nicht gefallen.

Premier Bruce von Australien befürwortete dringend ein besseres europäisches Verständnis amerikanischer

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Canadischer Landwirtschaftsrat und Farmanleihengesetz

Versammlung in Winnipeg macht Abänderungsvorschläge

Protest gegen Zolltarif-Erhöhungen.

Winnipeg. — Der canadische Landwirtschaftsrat hielt in der Geschäftsstelle der „United Grain Growers" eine Vertreterversammlung ab, in welcher zu der im Unterhause angenommenen und vom Senate abgeänderten Gesetzesvorlage für langfristige Farmanleihen Stellung genommen wurde. Die Vorlage wurde in der letzten Parlamentssession behandelt, trat aber infolge der frühzeitigen Auflösung des Unterhauses nicht in Kraft.

Der Landwirtschaftsrat hatte zur Frage der langfristigen Farmanleihen schon früher sich geäußert und legt nun seinen damals vertretenen Standpunkt wiederum dar. Eine vom Rat angenommene Resolution fordert die Aufnahme folgender Vorschläge in das Gesetz, wenn es zur nochmaligen Beratung vor das Parlament kommt:

1. Die auszuleihenden Gelder sollten durch den Verkauf von Wertpapieren (Bonds) aufgebracht werden, welche durch erste Hypotheken auf den Ländereien aller Darlehensempfänger gesichert werden sollen und zwar in jenen Provinzen, welche sich des Planes bedienen wollen. Die Bonds sollen von der Dominionregierung garantiert werden, während jede Provinzialregierung die Rückzahlung aller Gelder, die in der betreffenden Provinz angelegt sind, an die Dominion garantieren soll.

2. Jede Provinz, welche sich daran beteiligt, soll eine Farmanleihen-Behörde errichten, die den einzelnen Farmern innerhalb der betreffenden Provinz Darlehen in solcher Weise beschafft, daß politische Einflüsse ausgeschaltet werden und das System vollkommen auf sich gestellt wird.

3. Der Zinsfuß für die Darlehen soll nicht höher sein als ein Prozent mehr als der für die verkauften Bonds zu zahlende. Alle Darlehen sollen in nicht weniger als 30 Jahren tilgbar sein, wobei es gestattet sein soll, nach Ablauf von drei Jahren jederzeit die ganze Summe oder einen Teil derselben ohne besondere Ankündigung und ohne Bonus zurückzuzahlen. In Verbindung damit wurde darauf hingewiesen, daß nach dem Projekt von Manitoba die Verwaltungskosten nur etwa ein halb Prozent betragen und niemals ein Prozent erreicht hätten. Auf Grund dessen glaubt der Rat zu dieser seiner Forderung ganz und gar berechtigt zu sein. Die Bestimmung, daß die Bonds nicht steuerfrei sein sollen, wurde gutgeheißen.

Der Landwirtschaftsrat nahm auch zur Zolltariffrage Stellung. Es wurde beschlossen, einen Vertreter nach Ottawa zu entsenden, welcher vor der Tarifkommission vorstellig werden soll, um gegen die Forderungen der Stahlgesellschaften nach Tariferhöhungen zu protestieren. Der Landwirtschaftsrat hat bereits eine schriftliche Erklärung an die Tarifkommission geschickt, worin jede Tariferhöhung abgelehnt und weitere Ermäßigungen verlangt werden. Die Meinung des Rats geht dahin, daß es wohl gut sein könne, die Fragen vor der Tarifkommission auszudreschen, daß aber die Entscheidung über die Höhe der Zolltarife dem Parlament zustehen soll und nicht der Tarifkommission, und daß die öffentliche Meinung ein entscheidendes Wort bei der Zollpolitik mitreden solle. Mit Hilfe der Farmerorganisationen soll im Lande gegen die Schutzzölle und für niedrigere Zolltarife und freieren Handel Propaganda gemacht werden.

Mussolinis Gewaltherrschaft

Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung

Blutige Krawalle in ganz Italien.

Rom, 8. Nov. — Aufsehen erregende Aenderungen im Mussolini-Kabinett wurden bekannt gegeben. Der Premier hat zeitweilig auch die Leitung des Ministeriums des Innern in die Hand genommen und damit das Kommando über die gesamte Polizei des Landes. Er hat jetzt neben dem Amte des Oberstkommandierenden der Miliz folgende Kabinettsposten inne: Premier, Auslandminister, Minister des Innern, Kriegsminister, Marineminister, Minister des Flugwesens und Minister der Korporationen (Arbeitsminister). Luigi Federroni, der seitherige Innenminister, wurde von Mussolini zum Kolonialminister ernannt an Stelle des zurückgetretenen Prinzen Lanza di Scalea. Acht Untersekretäre resignierten ebenfalls und erhielten neue Nachfolger.

Das Kabinett nahm unter Vorsitz Mussolinis eine lange Reihe drastischer Maßnahmen gegen alle Gegner des Faschismus an. Die Maßnahmen gehen nach Gutheißung durch den Großrat der Faschisten an die völlig unter der Kontrolle Mussolinis stehende Abgeordnetenkammer, die auf Dienstag zu einer Sondersitzung einberufen wurde.

Die Maßnahmen sehen die Todesstrafe für jeden Versuch, den König, Mitglieder seines Hauses, Premier Mussolini und Kabinettsmitglieder zu töten, verwunden und zu belästigen, vor, wie auch für jede Auflehnung gegen den Faschismus. Ferner schwere Freiheitsstrafen, bis zu 30 Jahren Kerker, für direkte oder indirekte Opposition gegen den Faschismus. Vorgesehen ist ferner ein weitverzweigtes System einer politischen Polizei, die jede Bewegung eines jeden Faschistengegners im Lande wie im Auslande überwacht und deren Aufgabe es ist, jede Opposition zu beseitigen.

Mit der Annahme dieser Maßnahmen muß die Oppositionspresse verschwinden, da alle Lizensen für antifaschistische Zeitungen und Zeitschriften auf unbestimmte Dauer widerrufen sind. Fortan genügt es auch, nur ein Wort der Kritik an der Faschistenherrschaft zu äußern oder zu schreiben, um als Feind der Regierung ins Gefängnis geworfen zu werden. Die politische Polizei wird ihre Netze auch auf das Ausland ausdehnen.

In allen Teilen Italiens kam es zu grausamen Ausschreitungen der Faschisten gegen die Gegner Mussolinis. In den letzten Tagen sind nahezu 100 Personen getötet und etwa 1000 verletzt worden. Ueberall ereignen sich Mordtaten, Schlägereien, Zerstörungen von Häusern und andere Gewalttätigkeiten.

Die Gegner des faschistischen Regimentes, welche durch ihre Opposition gefährlich werden könnten, sollen auf vier einsame Inseln verbannt werden, die in der Nähe Italiens liegen.

Auch franzosenfeindliche Kundgebungen sind in Italien an der Tagesordnung. Kürzlich wurde ein Angriff auf das französische Konsulat in Ventimiglia unternommen. Der französische Botschafter in Rom wurde von der Pariser Regierung angewiesen, gegen die italienischen Ausschreitungen, welche französische Interessen gefährden, scharfen Protest einzulegen.

Die canadischen Minister erhalten Akklamation

Ottawa. — In 15 canadischen Wahlkreisen wurden am 2. November die Minister der Regierung des Premier Mackenzie King durch Akklamation gewählt und endgültig bestätigt. Diese Meldung konnte nicht besonders überraschen, obwohl es doch möglich gewesen wäre, daß noch in letzter Minute da oder dort eine Opposition auftauchte, welche eine weitere Wahl notwendig gemacht hätte.

Die so gewählten Minister sind:

Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten: Right Hon. W. L. Mackenzie King.

Finanzminister: Hon. J. A. Robb.

Justizminister: Hon Ernest Lapointe.

Eisenbahnminister: Hon. C. A. Dunning.

Minister des Innern: Hon. Chas. Stewart.

Minister für öffentliche Arbeiten: Hon. J. C. Elliott.

Minister für Zölle und Abgaben: Hon. W. D. Euler.

Minister für Einwanderung: Hon. Robert Forke.

Generalpostmeister: Hon. P. J. Veniot.

Minister für Marine und Fischereien: Hon. P. J. Cardin.

General-Anwalt: Hon. Lucien Cannon.

Staatssekretär: Hon. Fernand Rinfret.

Minister für Labor: Hon. Peter Heenan.

Minister für nationale Verteidigung: Hon. J. L. Ralston.

Minister für Landwirtschaft: Hon. W. R. Motherwell.

Demokratische Gewinne bei amerikanischen Wahlen

New York, 6. Nov. — Sieben Sitze im Bundessenat und zehn im Repräsentantenhause haben die Demokraten bei der Wahl am Dienstag den Republikanern entrissen. Der neue Senat wird aus 47 Republikanern, 47 Demokraten und einem Mitglied der Farmer-Arbeiterpartei bestehen. Eine Vakanz im Staate Maine wird durch die dort am 29. November stattfindende Wahl besetzt werden. Der Posten dürfte einem Republikaner zufallen. Die Grand Old Party hätte damit um eine Stimme weniger, als sie zu einer Mehrheit, 49, brauchte. Im jetzigen Senat haben die Republikaner 54, die Demokraten 40, die Farmer-Arbeiter einen Sitz und einer ist frei.

Das Repräsentantenhaus des 70. Kongresses wird sich zusammensetzen aus 236 Republikanern, 195 Demokraten, 2 Farmer-Arbeiterparteilern und 1 Sozialisten. Ein Sitz ist noch unentschieden. 218 Mitglieder bilden eine Mehrheit. Zur Zeit haben die Republikaner im Unterhause der nationalen Legislatur 246, die Demokraten 181, die Farmer-Arbeiter 2, die Sozialisten 2 Stimmen, und ein Sitz ist frei.

Gleichzeitig wurde in einigen Staaten über die Prohibitionsfrage abgestimmt, wobei die „Nassen" in sechs Staaten den Sieg davontrugen. Ein Viertel der Bevölkerung der Ver. Staaten bekannte sich bei der Wahl für Abänderung der gegenwärtigen Prohibitionsgesetze. Die „Nassen" haben aber nur neun von den 35 zu besetzenden Senatssitzen erhalten, und über 300 Mitglieder des Hauses, die trocken sind oder den Trockenen zuneigen, sind erwählt worden.

Anmeldefrist für deutsche Wertpapiere verlängert

Das deutsche Generalkonsulat in Montreal teilt dem „Courier" mit, daß die Anmeldefrist für den Altbesitz an deutschen Länder- und Städteanleihestücken, die ursprünglich am 11. November d. J. ablaufen sollte, bis zum 30. November d. J. einschließlich verlängert worden ist. Anmeldestelle für die in Canada wohnhaften Anleihegläubiger ist die National City Bank of New York in New York, 60 Wall Street.

Die Zukunft des deutschen Saargebietes

Saarbrücken. — Die Zentrumsfraktion des Landrates beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit der Frage der technischen Gestaltung des Saargebietes nach dessen Rückkehr zum deutschen Vaterlande. Sie teilt ihren Standpunkt der Oeffentlichkeit wie folgt mit: „Die Zentrumsfraktion des Landrates glaubt den Interessen des Saargebietes und der Saarbevölkerung am besten zu dienen, wenn sie dafür eintritt, daß nach der Wiedervereinigung mit dem Reich der Zustand wiederhergestellt wird, der bei Beendigung des Krieges gegeben war. Demgemäß lehnt die Zentrumsfraktion 1. die Bildung eines Regierungsbezirkes Saargebiet mit aller Entschiedenheit ab; 2. wünscht sie, daß der Sitz der Regierung in der bisherigen Regierungshauptstadt Trier verbleibt; 3. daß der Sitz der Eisenbahndirektion wieder Saarbrücken wird."

Starke Nachfrage nach canadischem Weizen zu erwarten

Ein Ueberblick über die Weltgetreidelage

Großer Rückgang in Europa. — Riesige Zunahme in den Ver. Staaten. Russische Ernte geringer. — Bis jetzt sehr günstige Aussichten in Argentinien und Australien.

Vom Landwirtschafts-Ministerium in Ottawa geht dem „Courier" folgende Mitteilung zu:

Nach den beim Internationalen Landwirtschafts-Institut in Rom eingetroffenen amtlichen Ziffern beläuft sich die Weizenproduktion der nördlichen Halbkugel im Jahre 1926, ausgenommen Rußland und China, auf 2,953,000,000 Buschel gegen 2,951,000,000 Buschel im Jahre 1925 und gegen 2,747,000,000 Buschel im Durchschnitt der fünf Jahre 1920—1924. Wenn auch die diesjährige Gesamtweizenernte der nördlichen Halbkugel tatsächlich die gleiche wie die des letzten Jahres ist, so ist doch ihre Verteilung eine ganz andere. Die europäische Produktion ist um 140 Millionen Buschel niedriger als im letzten Jahr; sie ist von 1,388 Millionen Buschel auf 1,248 Millionen Buschel zurückgegangen. Der stärkste Rückgang ist in Frankreich zu verzeichnen, wo die Ernte gegenüber dem letzten Jahr um 22 Millionen Buschel abgenommen hat. Kleinere Ausfälle sind in Deutschland, Polen, Bulgarien und Spanien zu verzeichnen. Dagegen hat Rumänien eine geringe Zunahme aufzuweisen.

Diesem Ernterückgang in Europa steht in Nordamerika eine Zunahme von 158 Millionen Buschel gegenüber. Die Vereinigten Staaten berichten eine Zunahme von 170 Millionen Buschel, während in Canada die Erntemenge um ungefähr 12 Millionen Buschel geringer ist. Die asiatische Gesamternte, abgesehen von China, ist dieselbe wie im Jahre 1925. Nordafrika meldet eine Abnahme von 14 Millionen Buschel.

Die Hauptmerkmale der Verteilung der Weizenernte über die nördliche Halbkugel sind mithin die starke Zunahme in den Ver. Staaten und die entsprechende Abnahme in Europa und Afrika. Daraus ergibt sich, daß der Einfuhrbedarf Europas während des Erntejahres 1926—27 beträchtlich größer sein wird als im Jahre 1925—26. Es ist nämlich nicht nur die gesamte europäische Weizenernte um 140 Millionen Buschel geringer als im letzten Jahr, sondern die Roggenernte, die in weitgehendem Maße an Stelle von Weizen in Europa verwendet wird, hat noch stärker abgenommen. Auch die Kartoffelernte hat eine beträchtliche Verminderung aufzuweisen. Ein weiterer Faktor, der vermehrte Einfuhren notwendig macht, ist der geringe Vorrat an altem Weizen in Europa.

Rußland wird wohl wenig tun können, um diese verstärkte Nachfrage zu befriedigen. Nach den letzten russischen Berichten ist die dortige Ernte sogar geringer als im letzten Jahr. Die russischen Behörden äußern sich zwar immer sehr optimistisch über die zu erwartenden Ausfuhren, aber in der Vergangenheit wurden diese Ankündigungen nie erfüllt.

Die Hauptlieferquelle muß Nordamerika sein, bis die südlichen Länder im Februar zur Ausfuhr bereit sind. Die Vereinigten Staaten werden ohne Zweifel weit mehr exportieren als im letzten Herbst, aber gleichzeitig wird auch die Nachfrage nach canadischen Lieferungen stark werden.

Auf der südlichen Halbkugel ist die Weizensaat soeben in das kritische Wachstumsstadium eingetreten. Die Wetterverhältnisse in Argentinien und Australien werden bis zur Reifezeit im Dezember die Preise in weitgehendem Maße beeinflussen. In beiden Ländern sind bis jetzt die Ernteaussichten glänzend. In Australien sind die Vorbedingungen außerordentlich gut. Nach einer nichtamtlichen Schätzung, welche beim Internationalen Landwirtschafts-Institut eingetroffen ist, wird eine Weizenernte von 150 Millionen Buschel gegenüber 107 Millionen im Vorjahre erwartet.

Ein polnischer Skandal

Warschau. — Das Tagesgespräch in Warschau ist ein unerhörter Skandal im Finanzministerium. Der neue Finanzminister Czechowitz hat sich nach langen Bemühungen der Handelskreise entschlossen, die Umsatzsteuer um 1 Prozent herabzusetzen. Die Verordnung wurde von ihm am 6. Oktober unterzeichnet und sollte darauf dem Handelsminister zur Gegenzeichnung vorgelegt werden. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der Direktor des Steuerdepartements des Finanzministeriums das Dokument hat verschwinden lassen, in der Hoffnung, daß Czechowitz bald zurücktreten werde und sein Nachfolger die Verordnung zurückziehen würde. Der Direktor des Steuerdepartements, Koszke, und 34 höhere Beamte des Finanzministeriums sind sofort vom Amt suspendiert und der Staatsanwaltschaft angezeigt worden.

Der Courierkalender für 1927 erschienen.

Der Deutsch-Canadische Hausfreund, Courierkalender 1927, ist fertiggestellt und schon zum Teil an jene, die ihn vorausbestellten, versandt.

Der Kalender wird allen, die ihn zur Hand nehmen, lebhafte Freude bereiten. Er umfaßt 160 Druckseiten und ist in großem Format gehalten.

Hochinteressanter Lesestoff, nützliche Ratschläge, unterhaltende Erzählungen und belehrende Aufsätze, Ernstes und Heiteres sowie hübsche Bilder werden den werten Lesern und Leserinnen in reicher Fülle geboten.

Mit größter Sorgfalt ist an der Herstellung des Kalendariums wie überhaupt des ganzen „Hausfreund" für 1927 gearbeitet worden.

Angesichts der vielseitigen Lektüre für die langen Winterabende und in Anbetracht der Nützlichkeit des Kalenders

ist der Preis von 50 Cents als sehr mäßig zu bezeichnen.

Wir sind auch gerne bereit, den neuen Courierkalender für ebenfalls nur 50 Cents an alle Adressen von Freunden und Verwandten **in Europa oder anderen Ländern** zu schicken. Jene, welche unter den neuen Einwanderern oder unter den alten Ansiedlern **einen neuen Abonnenten** für unsere deutsche Zeitung „Der Courier" gewinnen und für diesen $2 als Lesegeld für das erste Jahr einsenden, können auf Wunsch den Courierkalender für 1927 unentgeltlich erhalten.

Auf zur Kalenderbestellung!

Man benütze den Bestellzettel in dieser Ausgabe und sende ihn samt dem Gelde an

„Der Courier"
1835 Halifax Straße, Regina, Sask.